

Weg von der Verbrennung

Zu: „Grün Gas geben, aber richtig“, FR-Wirtschaft vom 6. August

In der Analyse fehlt ein entscheidender Aspekt. Bei der Nutzung von „Power-to-gaz“ wird CO₂ als „zweite Komponente“ genannt, um z.B. Methan zu erzeugen. Dies ist aber m.E. gar nicht nötig und wäre kontraproduktiv. Methan würde verbrannt, das entstehende CO₂ würde mit Hilfe von H₂ wieder zu Methan, um dann erneut verbrannt zu werden. Das ist reine Energieverschwendung! Viel besser wäre es, den Wasserstoff zu speichern und bei Bedarf mit Hilfe der Brennstoffzelle direkt in elektrischen Strom zu verwandeln. Mit ihm könnten Elektrofahrzeuge betrieben werden, ohne große und schwere Batterien herumzukutschieren. Wir müssen weg von der Verbrennungstechnologie mit ihrem schlechten Wirkungsgrad.
Helmut Lindner, Idstein

Diskussion: frblog.de/co2steuer

Beschwerden helfen nicht

Post: Erwiderung auf „Es ändert sich nichts“, Leserforum vom 6. August

Eberhard Bachers Kritik an den verschlechterten Dienstleistungen der privatisierten Post schließe ich mich an und könnte seiner Aufzählung von Leistungsversagen und Abbau eigene negative Erfahrungen hinzufügen. Seine Feststellung, dass Beschwerden nicht helfen und die Portoerhöhung mehr als ungerechtfertigt ist, kann ich unterstreichen. Aber genügt es, als Kunde wegzulaufen? Ich denke, es ist notwendig, politisch aktiv zu werden. Es ist doch vorhersehbar, dass früher oder später alle Wege der digitalen Kommunikation kontrolliert werden – vom Sicherheitsapparat des Staates und all denen, die nach dem Motto „Wissen ist Macht“ lückenlos Daten sammeln, über die sie bei Bedarf verfügen können. Eine Demokratie aber, in der die Freiheit nicht verkäuflich ist, muss die Weiterführung der „alten Post“, die auch Herr Bacher fordert, gewährleisten! Sie sollte ein verlässliches und bezahlbares alternatives Kommunikationsmittel sein. Dorothea Gräbner, Frankfurt

Die tollste Frisör-Butike

USA: „Der blutige weiße Hass“, FR-Tagesthema vom 5. August

Trump zurück in die Pfalz! Da könnte er dann auf Opas Spuren in Kallstadt in dritter Generation eine Frisör-Butike eröffnen. Natürlich die tollste Frisör-Butike aller Zeiten. Wär' zu schön.
Fritz Brehm, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/inf-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Stephan Hebel lädt wieder ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion zu politischen Themen. Einlass ab 18 Uhr.
Donnerstag, 5. September, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge stellt seinen neuen Roman „Incubus – Virenkrieg III“ vor und liest daraus. Anlässlich der Neuerscheinung gibt es Crémant. Eintritt frei, Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V.
Donnerstag, 19. September, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstr. 32, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht. Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr
Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Die Anstrengungen der Linnemänner

Zu: „Es geht nicht um Stigmatisierung, es geht um Förderung“ u. „Zweisprachigkeit ist eine Ressource“, FR-Politik v. 7. u. 8.8.

Kinder werden nicht Menschen, sie sind es schon

Am Dienstag, dem 6.8., machte die FR auf mit dem Bild und Satz des Mannes, der unter anderen meine Bildungsbiografie wesentlich geprägt hat: „Wer denkt, ist nicht wütend“ – ich bemühe mich darum: Adorno hat nach der deutschen Katastrophe des vorigen Jahrhunderts als Erziehung nach Auschwitz eine „Erziehung zur Mündigkeit“ gefordert und er beschrieb: „Mündig ist, wer für sich selbst gedacht hat und nicht bloß nachredet“.

Diese geistige Anstrengung wünsche ich allen „Linnemännern“: Wann werden wir endlich begreifen, dass Kinder nicht an von Erwachsenen fixierte Lebenssituationen angepasst werden dürfen, sondern der Satz von Janusz Korczak gilt: „Kinder werden nicht erst Menschen, es sind schon welche!“ Menschliches Zusammenleben in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen muss sich vielmehr immer wieder neu (wie wir sehen) bemühen, die Lebenssituationen den Menschen anzupassen. Unsere Verfassung formuliert nicht: „Die deutsche Menschenwürde ist unverletzlich“, sondern: „Der Mensch ist Träger der Würde“; gleich welcher Herkunft, Hautfarbe, Muttersprache, Alter, Religion, Geschlecht.

In diesen Zeiten, in denen die Natur uns zeigt, dass wir Menschen nur ein Teil von ihr auf diesem Planeten sind – siehe Abholzung der Regenwälder als unser Aller Klimaregulator, die Verschmutzung der Weltmeere als globale Müllhalde, die irrationale Betonung des Nationalistischen („unsere Nation zuerst“) – ist der Blick auf die Schulgesetze hilfreich: „Kinder sind vom vollendeten sechsten Lebensjahr an schulpflichtig“ – Punkt! „Wer Kinder zum Problem erklärt, ist ... selbst das Problem“, sagt Viktor Funk sehr richtig.

Arbeiten wir also alle weiter daran, in der drittreichsten Gesellschaft auf dieser Erde dass Geld nicht in astronomische „Berater-Honorare“ der Regierung zu stecken, sondern endlich die Lebens-Bildungs-Situationen der nachwachsenden Generationen nachhaltig zu verbessern, indem z.B. eine Kita-Gruppe

pe nicht 25, sondern zwölf Kinder mit zwei sozialpädagogischen Fachkräften (eine Forderung des Deutschen Bildungsrates von 1969!); eine Grundschulklasse nicht 28, sondern zwölf Kinder mit je nach Bedarf zwei bis drei gut ausgebildeten pädagogischen Fachkräften ausgestattet, die ihre Hauptaufgabe darin sehen, die Kinder neugierig auf Lernen zu machen mit den drei Worten: „Du schaffst das“ nach der Devise von Janusz Korczak: „Ich habe viele interessante Bücher gelesen, jetzt lese ich interessante Kinder“.

Klaus-Peter Krahl, Erzhausen

Die Kinder sind die Leidtragenden

Frage: „Würden Sie Kindern, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, tatsächlich die Einschulung verweigern?“ Meidinger: „Nehmen wir mal den Fall: Ein Kind spricht kein Deutsch, hat auch keine Frühförderung bekommen. Dann wäre eine Verpflichtung des Staates da, eine intensive Förderung anzubieten.“ So weit so gut. Doch dann geht es weiter, und das ist schon ziemlich starker Tobak: „Als Schulleiter würde ich dann mit den Eltern reden – und klarmachen, dass das Kind mit den Kompetenzen, die es jetzt hat, in der Grundschule nicht mitkommen kann. Dann würde ich vorschlagen, eine Sprachförderung außerhalb der Schule zu besuchen und das Kind ein Jahr später einzuschulen.“

Und wer bezahlt die Sprachförderung? Öffentliche Schulen sind kostenlos, und wenn eine staatliche Verpflichtung – wie von Herrn Meidinger festgestellt – besteht, dann müsste er solch kostenlose Sprachförderung im Rahmen öffentlicher Schulen anbieten.

Er argumentiert wie ein Gymnasiallehrer bzw. -schulleiter, der er ja auch (gewesen) ist. Die versuchen nämlich in der Regel, den Eltern „klar(zu) machen, dass das Kind mit den Kompetenzen, die es jetzt hat, (im Gymnasium) nicht mitkommen kann“. Die Eltern sollten ihre Kinder doch besser an einer Haupt- oder Realschule unterbringen. Hintergrund ist dabei sicherlich auch, dass es eher an den beiden genannten Schulfor-

men als an Gymnasien Sprachförderklassen gibt.

Bei der Einschulung in die Grundschule geht es aber um etwas anderes: Hier treffen sich alle Schüler, ganz gleich welcher Herkunft und mit welchen Fähigkeiten oder Kompetenzen. Darüber hinaus besteht Schulpflicht, übrigens auch für die Schülerklientel, mit der Herr Meidinger es beruflich zu tun hat(te).

Wenn er außerdem feststellt, dass es sowohl in den Kitas als auch in den Grundschulen selbst in den Bundesländern, die vorschulische Sprachstandstests durchführen, Ressourcen, Mittel und dafür ausgebildete Lehrkräfte gibt, „um Kinder mit Sprachdefiziten so zu fördern, wie es notwendig wäre“, dann wird doch auch klar, dass außerhalb von Schule solche Ressourcen etc. mindestens ebenso fehlen, zudem würden sie etwas kosten.

Schuld an dieser Misere sind nicht die Kinder oder ihre Eltern, allerdings sind sie die Leidtragenden. Und Herr Meidinger möchte auch noch an den Geldbeutel der Eltern, ohne dass er das offen sagt

Roswitha Ristau, Braunschweig

Lasst uns endlich diese Leistung würdigen

Als Lehrerin habe ich viele Jahrzehnte voller Respekt und Neid mitbekommen, dass meine Schüler*innen mit „Migrationshintergrund“ mit mir in Deutsch parlierten, sich im nächsten Moment gegenüber einer anderen Person in einer anderen Sprache ebenso gewandt äußerten. Nur leider, und für mich immer unbegreiflich, wurde Türkisch, obwohl es viele Kinder betraf, nie als Zweitsprache für das Abitur anerkannt. Diese Kinder mussten eine dritte Sprache abiturtauglich beherrschen. Und wenn in der syrischen Familie, die ich begleiten darf, der vierjährige Sohn mit mir in meiner Muttersprache spricht (dem Kindergarten sei Dank) und mit seinen Eltern in arabisch, dann bewundere ich diese intellektuelle Fähigkeit. Lasst uns doch endlich diese Leistung würdigen, die so viele schaffen und uns selber hinterfragen, ob wir selber dazu in der Lage wären. Karin Bökel, Lahnau

Diskussion: frblog.de/linnemann

Vermittlung von Medienkompetenz

Cybergrooming: „Die Gefahr der Worte“, FR-Magazin vom 5. August

Nicht nur Geheimdienste und große Internetfirmen verbessern ständig die digitale Beobachtung der BürgerInnen, jetzt wird auch die Überwachung von Kindern optimiert. Die empfohlene App wird (leider) nur unwesentlich den Missbrauch von Kindern verringern können, denn Missbrauch findet vor allem im persönlichen Umfeld der Kinder statt. Stattdessen werden Eltern und Kinder immer weiter an den grassierenden Überwachungswahn gewöhnt.

Schutz von Kindern vor gefährlichen Kontakten über digitale Kanäle wird nicht durch weitere Überwachung gewährleistet, das können derartige Systeme entgegen der vollmundigen Versprechungen nur eingeschränkt leisten. Viel wirkungsvoller wäre die Entwicklung der Medienkompetenz bei Kindern, Eltern und Lehrer. Man kann einen Teich (das Netz) nur bedingt kindersicher machen, man sollte die Kinder teichsicher machen. Hier aber versagt der Staat. Die Vermittlung von Medienkompetenz findet in

den Schulen nur marginal statt. Den LehrerInnen ist dabei kein Vorwurf zu machen, es fehlt zumindest in Hessen an ernsthaftem Willen seitens der Bildungspolitik, digitale Kompetenz und informationstechnische Grundbildung zu vermitteln. Stattdessen werden die hessischen Schulen, die ein vom Digitalpakt gefordertes Konzept zur Medienbildung erstellen wollen, vom Kultusministerium alleingelassen, eine strukturierte Fortbildung für LehrerInnen findet faktisch nicht statt. Axel Stolzenwaldt, Königstein